

# EU-NACHRICHTEN

## KURZ & KNAPP

### Neue Bundesregierung

Von der Leyen betont  
Deutschlands Vorreiterrolle

Seite 3

## IM FOKUS

### Nachhaltige Mobilität

Klimafreundlicher Umbau  
der Verkehrssysteme

Seite 5

### Corona-Pandemie

Kommission besorgt zusätzliche  
Impfdosen für Deutschland

Seite 7

Die nächste Ausgabe der  
EU-Nachrichten erscheint am  
27. Januar 2022.



## EUROPÄISCHER GRÜNER DEAL

### EU setzt auf Wasserstoff und mehr Energieeffizienz

Die EU-Kommission dringt auf den Übergang zu Wasserstoff als klimaschonendem Energieträger der Zukunft und mehr Energieeffizienz im Gebäudesektor. Ziel ist, nicht allein den Ausstoß an Klimagasen zu verringern, sondern auch die hohen Heizkosten vieler Verbraucherinnen und Verbraucher zu senken.

> „Die derzeitigen Energiepreise haben unverhältnismäßig starke Auswirkungen auf sozial schwache Haushalte“, erklärte Frans Timmermans, Exekutiv-Vizepräsident der EU-Kommission bei der Vorlage eines Gesetzespakets im Rahmen des europäischen Grünen Deal. „Ein Gebäude in der niedrigsten Energieklasse verbraucht zehnmals mehr Energie als ein Gebäude in der höchsten Klasse. Die Menschen, die dort leben – und das sind meist die Ärmsten – zahlen viel mehr, als sie müssten“, erläuterte Timmermans weiter.

„Wir wollen alle Europäerinnen und Europäer mitnehmen in eine klimafreundliche Zukunft“, sicherte Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen zu und verwies auf den Sozialen Klimafonds in Höhe von 72,2 Mrd. Euro.

Das Gesetzespaket der Kommission sieht unter anderem vor:

> **Gebäude:** Drei Viertel der 240 Mio. Gebäude in Europa sind energetisch ineffizient. Das bietet enormes Einsparpotenzial – für das Klima sowie für Verbraucherinnen und Verbraucher. Altbauten der schlechtesten Energieeffizienzklasse G, rund 15 Prozent des derzeitigen Bestands, sollten bis 2030 die Anforderungen der Klasse F erfüllen und bis 2033 die der Klasse E. Gebäude der öffentlichen Hand wie Schulen und Nichtwohngebäude sollen diese Ziele bereits 2027 beziehungsweise 2030 einhalten. Die öffentliche Förderung für Öl- und Gasheizungen entfällt von 2027 an. Angestrebt wird, dass private Neubauten von 2030 an die Vorgabe Null-Emission erfüllen, für öffentliche neu errichteten Gebäude gilt dies schon von 2027 an. >>

## INITIATIVE

### EU ruft 2022 zum Jahr der Jugend aus

2022 wird zum Europäischen Jahr der Jugend. Einer entsprechenden Initiative von Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen stimmten Mitgliedstaaten und Europäisches Parlament zu. „Wir brauchen Sie! Wir wollen, dass Europa sich mehr um Sie kümmert und Ihnen zuhört, was Sie zu sagen haben, was Sie von Europa erwarten und was Ihre Träume von Europa sind“, ermunterte von der Leyen vor jungen Menschen in Mailand zu einer gemeinsamen Debatte. Die Kommission plant 2022 unter anderem, die Initiative ALMA voranzutreiben, ein Austauschprogramm für benachteiligte Jugendliche nach Vorbild des Bildungsprogramms Erasmus+.

Jahr der Jugend

## “ Die europäische Klimapolitik wird das Thema Energiearmut anpacken. ”

Ursula von der Leyen,  
EU-Kommissionspräsidentin



Null-Emission bedeutet, dass der nötige Strom für Heizung oder Klimaanlage vor Ort erzeugt wird, etwa über Solardächer. Den Mitgliedstaaten bleibt es selbst überlassen, wie sie die Effizienzziele erreichen. Eine öffentliche Förderung der Sanierungsarbeiten ist möglich, die entsprechenden EU-Regeln für staatliche Beihilfen werden angepasst. Timmermans warnte aber vor Panikmache. „Das kulturelle Erbe ist geschützt, Sommerhäuser können ausgenommen werden“, erläuterte er. Der Vizepräsident stellte auch klar: „Unser Vorschlag enthält kein Verkaufs- oder Vermietungsverbot für Gebäude, die in die Klasse G eingestuft werden, das bedeutet, jene 15 Prozent der Gebäude, mit der schlechtesten Energieeffizienz in einem Land.“

> **Methan-Ausstoß senken:** Methan, der Hauptbestandteil von Erdgas, ist rund 80-mal klimaktiver als das Treibhausgas Kohlendioxid. Bereits auf der UN-Klimakonferenz COP26 im November in Glasgow hatten Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen und US-Präsident Joe Biden eine gemeinsame Initiative gestartet, um den Ausstoß von Methan bis 2030 um mindestens 30 Prozent zu verringern. Die Kommission setzt diese Ansage nun um. „Wir schlagen strikte Regeln vor, um die Emissionen von Methan bei der Gewinnung von Gas, Öl und Kohle in diesen Sektoren bis 2030 um 80 Prozent zu verringern“, gab Energiekommissarin Kadri Simson als Ziel für die EU aus. So sind Energieunternehmen künftig verpflichtet, Gaslecks in ihren Leitungen aufzuspüren und in einer gesetzten Frist zu reparieren.

- > **Wasserstoff-Gasmarkt:** „Wir wollen, dass Europa vorangeht“, mahnte Simson den raschen Abschied von Kohle, Gas und Öl sowie den Übergang zu alternativen Energieträgern wie Biogas und Wasserstoff an. Bis 2030 wird angestrebt, in der EU jährlich 10 Mio. Tonnen grünen Wasserstoff zu erzeugen. Das neue Europäische Netz für Wasserstoff (ENNOH) stellt eine grenzüberschreitende Wasserstoff-Infrastruktur sicher.
- > **Nachhaltiger Kohlendioxid-Kreislauf:** Kohlendioxid (CO<sub>2</sub>) kann durch Carbon Farming in der Landwirtschaft im Boden gebunden werden. Ziel ist es, dadurch bis 2030 42 Mio. Tonnen Kohlendioxid in Klimasenken zu speichern. Bis 2030 wird die Industrie 20 Prozent ihres CO<sub>2</sub>-Bedarfs, etwa als Ausgangsstoff für Synthesen, aus nicht-fossilen Quellen gewinnen. Bereits 2022 legt die Kommission einen Vorschlag für eine allgemein verbindliche Zertifizierung vor, um festzulegen, welche Methoden als nachhaltig angesehen werden.

### Strengere Strafen für Umweldelikte

Die EU-Kommission will schärfer gegen Umweltverbrechen vorgehen. „In Europa gibt es zu oft keine wirklichen Strafen für Umweldelikte“, sagte Umweltkommissar Virginijus Sinkevičius bei der Vorlage einer entsprechenden Initiative. Die Kommission forderte die Mitgliedstaaten auf, bei zum Tod oder schweren Verletzungen führenden Umweltverbrechen Haftstrafen von bis zu zehn Jahren vorzusehen. Für Firmen sollen die Geldbußen greifen, die bis zu 5 Prozent des weltweiten Umsatzes ausmachen. Der Vorstoß der Kommission könnte zur Debatte um die internationale Anerkennung von Ökozid als Straftatbestand beitragen, erklärte Sinkevičius. Derzeit gibt es Bemühungen, Ökozid im Statut des Internationalen Strafgerichtshofs zu verankern.

### Energieeffizienz spart Geld

Energetische Renovierungen rechnen sich, da Nebenkostenabrechnungen niedriger ausfallen. Timmermans mahnte einen sozialverträglichen Übergang in eine klimaneutrale Gesellschaft an. „Die Dringlichkeit, den Energieverbrauch in Gebäuden durch Renovierung zu senken, ist enorm. Millionen Menschen in Europa können ihre Energierechnung nicht bezahlen“, sagte er mit Blick auf steigende Energiepreise. Aber in schlecht gedämmten Gebäuden gehe das Geld „zum Fenster raus“. „Renovierung verringert beides – den energetischen Fußabdruck und die Nebenkosten“, erklärte Timmermans. (pr) >|

■ Energieeffizienz

## Klima- und Energieeinsparpotenziale von Gebäuden

Auf Gebäude in der EU entfallen:

**40%** des  
Energieverbrauchs

**36%** der energie-  
bezogenen Treib-  
hausgasemissionen



**75%** der  
Gebäude in der  
EU sind nicht  
energieeffizient



Voraussichtlich werden  
**85 bis 95%** der  
heutigen Gebäude in der  
EU im Jahr 2050 noch  
bestehen

Quelle: EU-Kommission

## ANTRITTSBESUCH

**Von der Leyen hebt Deutschlands Vorreiterrolle hervor**

Credit © European Union, 2021

Beim Antrittsbesuch von Bundeskanzler Olaf Scholz in Brüssel hat EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen die Bedeutung Deutschlands für die europäische Integration hervorgehoben. „Deutschland war und ist immer sehr wichtig für die Entwicklung unserer Gemeinschaft“, sagte von der Leyen. Die neue Bundesregierung hatte sich in ihrem Koalitionsvertrag zu einem europäischen Bundesstaat, der Stärkung der Rechtsstaatsprinzipien und dem Europäischen Grünen Deal bekannt. Von einer „echt proeuropäischen Regierung“ sprach Scholz in Brüssel.

Von der Leyen setzt unter anderem bei den Themen Sicherheit, Digitalisierung und Klimaschutz auf eine enge Zusammenarbeit mit der neuen Bundesregierung. „Gerade Deutschland, als das größte Industrieland in Europa, ist wichtig, weil es eine Vorbildfunktion hat, um zu zeigen wie die Transformation zu einer klimaneutralen Kreislaufwirtschaft gehen kann“, betonte von der Leyen die Vorreiterrolle Deutschlands beim Klimaschutz. Zuvor hatte Josep Borrell, der Hohe Beauftragte der EU für Außen- und Sicherheitspolitik, Außenministerin Annalena Baerbock zum Antrittsbesuch empfangen und dabei Deutschlands Beitrag für die strategische Autonomie der EU gewürdigt.

#### Antrittsbesuch

## HISTORISCHES ERBE

**Stolberg als bedrohte Kulturstätte nominiert**

Auf einer gemeinsamen Tagung mit der EU-Kommission hat die Vereinigung Europa Nostra die vom Hochwasser schwer getroffene Stadt Stolberg in Nordrhein-Westfalen in ihre Auswahlliste für die am stärksten bedrohten Kulturerbestätten Europas aufgenommen. Eine florierende Kupferindustrie machte Stolberg zu einem wichtigen Ort für das industrielle Erbe Europas. Mitte Juli 2021 wurde die Altstadt von Stolberg in ein Überschwemmungsgebiet verwandelt und hunderte von Gebäuden durch Hochwasser stark beschädigt.

Von der Katastrophe waren rund 235 von 701 denkmalgeschützten Gebäuden betroffen. Neben Stolberg stehen unter anderem die Neptun Bäder in Rumänien, die Kulturlandschaft von Doel in Belgien sowie die Gartenstadt La Butte Rouge nahe Paris in Frankreich auf der Auswahlliste der bedrohten Kulturstätten Europas 2022.

#### Kulturerbestätten

## HUMANITÄRE SCHUTZ

**Johansson würdigt Aufnahme von 40.000 Menschen aus Afghanistan**

Die Kommission hat die Zusage von 15 Mitgliedstaaten der EU, darunter Deutschland, zur Aufnahme von 40.000 Menschen aus Afghanistan begrüßt. „Das ist ein beeindruckender Akt der Solidarität“, sagte EU-Innenkommissarin Ylva Johansson nach einem Treffen der Innenministerinnen und Innenminister der Mitgliedstaaten. Deutschland sagte die Aufnahme von 25.000 Menschen zu. Zu den Menschen, die nach Europa ausgeflogen werden, gehören auch rund 650 ehemalige Ortskräfte, die in Afghanistan für die Europäische Union gearbeitet haben.

Die EU hatte im Dezember 150 Tonnen Hilfsgüter als humanitäre Hilfe für die notleidende Bevölkerung nach Afghanistan eingeflogen. Zuvor waren bereits mehr als 130 Tonnen lebensrettende chirurgische Ausrüstung und medizinische Hilfsgüter überstellt worden. Auch das Deutsche Rote Kreuz (DRK) stellte medizinisches Material für Afghanistan bereit.

#### Humanitäre Hilfe

## NORDSEE

**Deutsche Fischer dürfen mehr Hering fangen**

Deutschlands Fischerinnen und Fischer dürfen im Jahr 2022 in der Nordsee mehr Hering fangen. Darauf haben sich die EU-Mitgliedstaaten geeinigt. Demnach kann Deutschlands Fangflotte in der Nordsee 22 Prozent mehr Hering anlanden. Die Quote für Seelachs sinkt hingegen um 25 Prozent, die Fangquote für Kabeljau fällt leicht um 2 Prozent. Zudem wurde vereinbart, dass im Skagerrak und im Kattegat bedeutend weniger Hering gefischt wird. Dadurch kann sich der Heringsbestand in der westlichen Ostsee erholen.

Von einem „insgesamt guten Kompromiss“ sprach Bundeslandwirtschaftsminister Cem Özdemir nach den Beratungen. Er hätte sich aber „beim Kabeljau ein etwas ambitionierteres Vorgehen zur Bestandserholung gewünscht“, fügte er hinzu. Die Fangquoten für die europäischen Gewässer werden mit Blick auf den aktuellen Fischbestand jährlich neu verhandelt. Aufgrund der geringen Bestände ist der Fang von Dorsch und Hering in der Ostsee 2022 stark eingeschränkt.

#### Fangquoten

## EU-HAUSHALT

**Kommission schlägt Eigenmittel der nächsten Generation vor**

Credit © European Union, 2021

Die Kommission hat einen Vorschlag zur Generierung von Eigenmitteln vorgelegt und setzt dabei unter anderem auf Erlöse aus dem Emissionshandel, der globalen Mindeststeuer für weltweit tätige Unternehmen sowie einer CO<sub>2</sub>-Grenzabgabe bei der Einfuhr klimaschädlicher Produkte in die EU. Nach einer Anlaufphase dürften die neuen Einnahmequellen dem EU-Haushalt in den Jahren 2026 bis 2030 jährlich durchschnittlich bis zu 17 Mrd. Euro einbringen. Sie sollen unter anderem genutzt werden, um Anleihen des Corona-Aufbaufonds NextGenerationEU zu tilgen, der rund 800 Mrd. Euro zu jeweiligen Preisen mobilisieren soll, um die Folgen der Pandemie zu überwinden. Die ausgegebenen Anleihen werden spätestens bis 2058 abgelöst. „Mit dem Paket legen wir die Grundlagen für die Rückzahlung von NextGenerationEU und unterstützen das Programm ‚Fit für 55‘ wesentlich, indem wir eine Finanzierung für den Sozialen Klimafonds vorschlagen“, erklärte Haushaltskommissar Johannes Hahn (Foto).

Die Staats- und Regierungschefs der EU hatten sich im Juli 2020 auf den über Anleihen finanzierten Aufbaufonds NextGenerationEU geeinigt und dabei der EU selbstständige Einnahmen aus Eigenmitteln zugesichert.

## Eigenmittelbeschluss

## VERBRAUCHERSCHUTZ

**Roaming-Gebühren fallen bis 2032 weg**

Für Gespräche, SMS oder Datenaustausch mit dem Mobiltelefon im europäischen Ausland fallen bis 2032 keine zusätzlichen Gebühren an. „Wir haben sichergestellt, dass uns diese Vorteile weitere zehn Jahre lang erhalten bleiben, damit wir auf Reisen in der EU ohne zusätzliche Kosten in Verbindung bleiben, telefonieren, SMS verschicken und im Internet surfen können“, erklärte die Exekutiv-Vizepräsidentin der EU-Kommission, Margrethe Vestager.

Die Roaming-Gebühren entfallen seit dem 15. Juni 2017 in den 27 Mitgliedstaaten der EU sowie in Island, Liechtenstein und Norwegen. Reisende, die zu Hause in der Regel 5G-Dienste nutzen, werden auch beim Roaming 5G-Dienste (soweit vorhanden) in Anspruch nehmen können. „Wir sorgen nicht nur dafür, dass diese Vorteile erhalten bleiben, sondern steigern sie sogar noch: bessere Qualität, bessere Dienstleistungen, noch mehr Transparenz“, erklärte EU-Binnenmarktkommissar Thierry Breton.

## Telekommunikation

## UKRAINE

**EU-Gipfel warnt Russland**

Die EU hat Russland zur Achtung des Völkerrechts ermahnt und ihre Solidarität mit der Ukraine betont. „Wir halten an unserer Forderung an Russland fest, die Spannungen abzubauen und von weiteren Aggressionen abzusehen“, sagte Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen nach dem Treffen der Staats- und Regierungschefs der EU. Russland hat an der Grenze zur Ukraine massiv Truppen zusammengezogen. Von der Leyen warnte vor einer weiteren Eskalation, sie betonte die Dialogbereitschaft der EU: „Wir hätten gern eine Lage, in der wir gute Beziehungen zu Russland haben, dies hängt jedoch stark von den Entscheidungen ab, die Moskau trifft.“

Die Spitzen der EU hatten zuvor auf einem Gipfel der Östlichen Partnerschaft mit den Staats- und Regierungschefs Armeniens, Aserbaidschans, Georgiens, der Republik Moldau und der Ukraine über eine engere Zusammenarbeit beraten. Dabei sagte die EU im Rahmen der Infrastrukturpartnerschaft Global Gateway 17 Mrd. Euro an Investitionshilfen zu.

## Solidarität

## IMPRESSUM

© Europäische Union, 2021

**Herausgeber:****Europäische Kommission – Vertretung in Deutschland:**Leitung: Jörg Wojahn  
Unter den Linden 78 • 10117 Berlin • Tel: 030-22 80 20 00 • Fax: 030-22 80 22 22  
E-Mail: eu-de-kommission@ec.europa.eu • Internet: www.eu-kommission.de**Regionalvertretung in Bonn:**

Bertha-von-Suttner-Platz 2-4 • 53111 Bonn • Tel: 0228-530 09-0 • Fax: 0228-530 09 50

**Regionalvertretung in München:**

Bob-van-Bentham-Platz 1 • 80469 München • Tel: 089-24 24 48-0 • Fax: 089-24 24 48 15

**Redaktion & Grafik:**Claudia Guske, Gabriele Imhoff (EU-Kommission)  
Peter Riesbeck, Armin Kalbfleisch, Marion Gladzewski**Herstellung:**Brandenburgische Universitätsdruckerei und Verlagsgesellschaft Potsdam mbH  
Klimaneutral gedruckt und mit FSC®-Zertifizierung als Nachweis der Holzherkunft aus guter Waldbewirtschaftung.**Haftungsausschluss:**

Für die Inhalte der verlinkten Seiten sind die EU-Nachrichten nicht verantwortlich. Jegliche Haftung wird abgelehnt. Die EU-Nachrichten geben nicht in jedem Fall die Haltung der Kommission wieder und binden die Kommission in keiner Weise. Die Wiedergabe mit Quellenangaben ist vorbehaltlich anderslautender Bestimmungen gestattet.



Vertretung in Deutschland

Diskutieren Sie mit uns auf Facebook



und folgen Sie uns auf Twitter



## NACHHALTIGE MOBILITÄT

# EU setzt auf grünen Verkehr und sozialverträglichen Wandel

Die Kommission dringt auf den klimafreundlichen Umbau der Verkehrssysteme in Europa und setzt dabei auf den raschen Ausbau der Bahn. „Die heutigen Vorschläge bringen die europäische Mobilität auf den Weg in eine nachhaltige Zukunft“, sagte Frans Timmermans, der für den Europäischen Grünen Deal zuständige Exekutiv-Vizepräsident der Kommission bei der Vorlage einer Gesetzesinitiative zur grünen Mobilität. Sowohl für Passagierreisen als auch für den Gütertransport sollen Schiene und Schifffahrt attraktiver werden. Dafür wird die Infrastruktur rund um die E-Mobilität ausgebaut, mit Fokus auf die nachhaltige städtische Mobilität. Mit ihren Vorschlägen will die Kommission den Verkehrssektor dahin bringen, seine Emissionen um 90 Prozent zu senken.

> Der Vorstoß der Kommission umfasst insgesamt vier Gesetzespakete:

> **Smarte Transportsysteme:** Das transeuropäische Netzwerk Verkehr (TEN-V) verbindet europaweit 424 Großstädte mit einem System strategischer Verkehrswege auf Straße, Wasser und Schiene. Die Kommission will das TEN-V modernisieren. Es verbindet diese europäischen Verkehrszentren mit Häfen, Flughäfen und Eisenbahnterminals und wird nach seiner Fertigstellung die Reisezeiten merklich verkürzen. Zum Beispiel werden Passagiere in 2,5 Stunden von Kopenhagen nach Hamburg reisen können (heute: 4,5 Stunden). In Deutschland wird zudem der grenzüberschreitende Ausbau der Bahnstrecke Berlin-Prag vorangetrieben, ebenso die Verbindung Ingolstadt-Treuchtlingen sowie die Strecke von Gmünden über Bamberg nach Falkenhain. Der Güterverkehr wird ausgebaut, das mittlere Tempo im Güterverkehr steigt bis 2040 auf 100 Stundenkilometer. Um im Straßenverkehr die Elektromobilität zu fördern, kommt ein dichtes Ladenetz: Bis 2025 soll alle 60 Kilometer eine E-Ladesäule stehen.

> **Mehr Bahnfernverkehr und grenzüberschreitende Schienenverbindungen:** Die Zahl der Hochgeschwindigkeitsverbindungen in der EU wird bis 2030 verdoppelt und bis 2050 verdreifacht. Angestrebt wird bis 2040 Tempo 160 im Fernverkehr. Flüge unterhalb einer Strecke von 500 Kilometern wären dann hinfällig. Der grenzüberschreitende Verkehr von Bahnreisenden – derzeit beträgt der Anteil lediglich 7 Prozent – soll ausgebaut werden. Timmermans regte an,



© Shutterstock

grenzüberschreitende Tickets von der Mehrwertsteuer zu befreien. Die Senkung der Mehrwertsteuer auf Zugfahrtscheine in Deutschland habe die Zahl der Bahnreisenden deutlich erhöht, so der Exekutiv-Vizepräsident.

> **Intelligente Verkehrssysteme (IVS):** Die Kommission schlägt vor, die bestehende Richtlinie aus dem Jahr 2010 zu aktualisieren. Schon 2022 soll ein Vorstoß für ein intelligentes Ticketing-System im Verkehr kommen.

> **Urbane Mobilität:** Die 424 Großstädte und Verkehrszentren entlang der europäischen Verkehrskorridore sollen eigene Mobilitätspläne erstellen. Der Schwerpunkt liegt auf dem öffentlichen Nahverkehr und dem Ausbau von Fuß- und Radwegen. Zudem wird der Ausbau emissionsfreier Antriebe forciert, auch bei Taxen. Die Mitgliedstaaten sollen mit Unterstützung der EU den Kommunen bei der Erstellung ihrer Mobilitätspläne zur Seite stehen.

## Jobs schaffen mit ökologischem Wandel

Parallel legte die Kommission Vorschläge zu einem sozial gerechten Übergang Europas auf dem Weg in die Klimaneutralität vor. „Einige Branchen werden boomen und neue Jobs entstehen, in anderen Branchen werden Stellen wegfallen“, sagte Sozialkommissar Nicolas Schmitt. Über den Klima-Sozialfonds wird der Übergang mit insgesamt 72,2 Mrd. Euro abgedeckt. Damit können unter anderem Weiterbildungs- und Umschulungsprogramme finanziert werden. Insgesamt können im Zuge des ökologischen Wandels bis 2030 eine Million Jobs geschaffen werden, bis 2050 sogar insgesamt rund zwei Millionen Arbeitsplätze entstehen. (pr) >|

*Die Zahl der Hochgeschwindigkeitsverbindungen in der EU soll bis 2030 verdoppelt und bis 2050 verdreifacht werden.*

## GRENZKONTROLLEN

# EU-Kommission will den Schengen-Raum fit machen für die Zukunft

Die EU-Kommission hat eine Reihe von Vorschlägen vorgelegt, um den Schengen-Raum für die Herausforderungen der Zukunft zu wappnen. „Schengen ist unser Kronjuwel. Deshalb schlagen wir heute vor, den Schengen-Raum zu stärken“, sagte Kommissionsvizepräsident Margaritis Schinas auf einer gemeinsamen Pressekonferenz mit Innenkommissarin Ylva Johansson. Mit der Aktualisierung soll sichergestellt werden, dass die Wiedereinführung von Kontrollen an den Binnengrenzen nur als letztes Mittel eingesetzt wird.



© Shutterstock

Im deutsch-französisch-luxemburgischen Dreiländereck bei Schengen wurde 1985 das erste Schengener Abkommen unterzeichnet.

> In den 26 Schengen-Staaten leben rund 420 Millionen Menschen, die von der Bewegungsfreiheit in dem Raum ohne Grenzkontrollen profitieren. Doch hätten die Wellen der Pandemie Schengen ebenso vor neue Herausforderungen gestellt, wie die Terroranschläge von Paris und Brüssel in den Jahren 2015 und 2016 sowie der jüngste hybride Angriff auf die Außengrenze der EU durch Belarus, führte Schinas aus. „Es liegt in unserer Verantwortung, sicherzustellen, dass die Mitgliedstaaten in der Lage sind, eine rasche, koordinierte und europäische Reaktion auf Krisensituationen zu gewährleisten“, mahnte Schinas.

Zu den neuen Vorkehrungen im Schengen-Grenzkodex gehören unter anderem:

> **Sichere Außengrenzen:** Belarus hatte zuletzt gezielt Menschen über die EU-Außengrenze nach Polen, Litauen und Lettland geschleust. Im Fall einer solchen Instrumentalisierung von Migrantinnen und Migranten stehen den Mitgliedstaaten künftig zusätzliche Mittel zur Verfügung. Zudem kann die Zahl der Grenzübergänge reduziert und die Frist für die Registrierung von Asylanträgen verlängert werden. „Wir stellen ein gemeinsames Management der EU-Außengrenzen sicher, und zwar auch in Situationen, in denen Migranten für politische Zwecke instrumentalisiert werden“, stellte Johansson klar.

> **Unerlaubte Reisebewegungen:** Angestrebt wird, Sekundärmigration innerhalb des Schengen-Raums einzuschränken, etwa durch gemeinsame Polizeistreifen an den Grenzen. Werden Menschen bei unerlaubten Reisebewegungen aufgegriffen, können sie in ihr Ausgangsland im Schengen-Raum zurückgebracht werden. „Das ist aber mehr ein Migrations- als ein Schengen-Thema“, mahnte Schinas eine rasche Einigung der Mitgliedstaaten auf das Asyl- und Migrationspaket der Kommission an.

> **Befristete Kontrollen:** Von teils „chaotischen Zuständen“ während der Pandemie sprach Johansson. Denn einzelne Mitgliedstaaten hatten sich einseitig und unkoordiniert zu Kontrollen an den Binnengrenzen entschlossen. Die Kommission hatte damals zwar unmittelbar reagiert und auf die Einrichtung von Green Lanes – Schnellabfertigungsspuren für Lkw an den Übergängen – gedrängt. Künftig fordert sie aber ein geschlosseneres Vorgehen ein, das im Schengen-Grenzmechanismus verankert ist. So können die Mitgliedstaaten auf Vorstoß der Kommission einheitliche Vorkehrungen beschließen – auch für Einreisebeschränkungen an den Außengrenzen. Diese sind aber bindend und zeitlich befristet. Generell sollen für die Wiedereinführung von Kontrollen an Binnengrenzen abgestufte Regeln gelten. So müssen die Auswirkungen auf eine Grenzregion ermittelt werden. Zudem stellt die Kommission sicher, dass Kontrollen an den Binnengrenzen nur eine Ausnahme bleiben. Sie sind auf maximal zwei Jahre beschränkt. Bereits nach 18 Monaten erfolgt eine Prüfung der Vorkehrungen durch die EU-Kommission.

Zudem dringt die Kommission darauf, durch alternative Mittel wie Tempolimits an Grenzübergängen oder elektronische Nummernschilderfassung Beschränkungen an den internen Übergängen zu vermeiden. Bereits zuvor hatte die Kommission die Zusammenarbeit der Ermittlungsbehörden forciert. So wird der Austausch zwischen grenzüberschreitenden Fahnderteams verbessert. Angestrebt wird ein zentraler Router, der den Zugriff auf Daten anderer Mitgliedstaaten erlaubt, wie etwa Fahndungsfotos. (pr) >|

Reform der Schengen-Regeln

## Von Schengen nach Prüm

Die Schengen-Initiative wurde 1985 vom Kanzler Helmut Kohl und Frankreichs Präsident Francois Mitterrand lanciert. Der Schengen-Raum umfasst inzwischen 26 europäische Länder, darunter auch Nicht-EU-Staaten wie Island, Norwegen und die Schweiz. Im Prümer Vertrag, benannt nach der Stadt in Rheinland-Pfalz, haben 2005 Mitgliedstaaten der EU eine engere polizeiliche Zusammenarbeit besiegelt. Auf Vorstoß der Kommission wird die Fahndungsarbeit nun mit einem besseren Datenaustausch ausgebaut.

OMIKRON

# Kommission besorgt **beschleunigt** Impfstoff für Deutschland

Die EU-Kommission hat beim Mainzer Unternehmen BioNTech und dessen Partner Pfizer eine Option über die Lieferung von weiteren 180 Millionen Impfdosen gezogen. „Die Kommission hat die Mitgliedstaaten mit den Millionen an Dosen versorgt, die benötigt werden“, erklärte Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen nach einem Treffen der Staats- und Regierungschefs der Mitgliedstaaten. Zusätzlich wurde mit den beiden Unternehmen vereinbart, weitere bereits besiegelte Bestellungen vorzuziehen. „Damit erhöht sich die Gesamtzahl der Lieferungen im ersten Quartal 2022 auf 215 Millionen Dosen“, teilte EU-Gesundheitskommissarin Stella Kyriakides mit. „Dies wird besonders jenen Mitgliedstaaten helfen, die kurzfristig zusätzliche Impfstoffdosen benötigen“, fügte Kyriakides hinzu.

> Die EU-Kommission übernimmt federführend die Impfstoffbeschaffung und reicht diese an die Mitgliedstaaten weiter. Die bestehenden Verträge sehen die Anpassung der Impfstoffe an neue Virusvarianten innerhalb von 100 Tagen vor.

Die mit BioNTech/Pfizer vereinbarte Tranche ist Teil einer bereits im Sommer ergangenen Bestellung über 1,8 Milliarden Dosen bis Ende 2023. Darüber hinaus hatte die Kommission erreicht, dass der Hersteller Moderna bis Ende März 2022 vorzeitig 35 Millionen Dosen nach Deutschland liefert, davon werden zehn Millionen Dosen noch im Dezember überstellt. Da lediglich eine halbe Dosis Moderna für eine Auffrischungsimpfung benötigt wird, reicht die bestellte Menge für bis zu 70 Millionen Booster-Shots in Deutschlands aus. „Impfen und das Beschleunigen der Booster-Kampagne ist der Schlüssel zum Erfolg“, bekräftigte Kyriakides.

## EMA gibt fünften Impfstoff frei

Kyriakides begrüßte zudem die Zustimmung der Mitgliedstaaten zum Aufbau der neuen EU-Gesundheitsbehörde HERA. „Dies ist ein weiterer Schritt, um sicherzustellen, dass die EU über die notwendigen Instrumente verfügt, um im Rahmen einer starken europäischen Gesundheitsunion besser auf künftige Gesundheitskrisen vorbereitet zu sein“, erklärte sie. Sie ist Kern der Europäischen Gesundheitsunion, deren Aufbau von der Leyen als Reaktion auf die Pandemie vorangetrieben hatte. Dazu gehört auch eine Stärkung der Europäischen Arzneimittel-Behörde EMA und die ge-



© Ralf Liebhold / Shutterstock.com

strafte Zulassung von Corona-Medikamenten. So erteilte die EMA die Genehmigung für einen Impfstoff des Herstellers Novavax. „Dies ist der fünfte sichere und wirksame Impfstoff, der einen willkommenen zusätzlichen Schutz vor der Pandemie bietet“, begrüßte von der Leyen die Entscheidung.

## COVID-Zertifikat wird angepasst

Die Kommission hat auch neue Vorschriften für das digitale COVID-Zertifikat angenommen. Vom 1. Februar 2022 an ist der digitale Corona-Pass auf neun Monate befristet, die Laufzeit verlängert sich durch eine Booster-Impfung. Die wird vom Europäischen Zentrum für die Prävention und die Kontrolle von Krankheiten (ECDC) spätestens nach sechs Monaten empfohlen, in Deutschland riet die Ständige Impfkommision (STIKO) zu einer Auffrischungsimpfung nach drei Monaten. „Das Zertifikat ist ein großer Erfolg und 81 Länder nutzen es mittlerweile“, sagte Binnenmarktkommissar Thierry Breton.

Einzelne Mitgliedstaaten hatten mit Blick auf Omikron zusätzlich zum Corona-Zertifikat einen PCR-Test bei der Einreise angemahnt. „Die Freizügigkeit im Binnenmarkt ist nicht in Gefahr, und das digitale COVID-Zertifikat wird in Corona-Zeiten weiter eine entscheidende Rolle bei Reisen innerhalb der EU spielen“, betonte Breton die Vorteile des Zertifikats. Das digitale Zertifikat war im Juli auf Initiative der EU-Kommission eingeführt worden. An seiner Entwicklung waren auch deutsche Unternehmen wie T-Systems und SAP beteiligt. (pr) >|

■ **Impfstofflieferungen**

*Der digitale Corona-Pass erhält ein Update und verlängert sich künftig nach neun Monaten durch eine Booster-Impfung.*

## EU sichert Milliarden Impfdosen

Die EU-Kommission erteilt die Marktzulassung für Corona-Impfstoffe auf der Basis der Bewertung durch die Europäische Arzneimittel-Agentur EMA.

Mit Novavax sind fünf Vakzine in der EU zugelassen. Die Kommission hat ausreichend Impfdosen gesichert: BioNTech/Pfizer (2,4 Mrd. Dosen), Moderna (460 Mio. Dosen), Johnson&Johnson (400 Mio. Dosen), AstraZeneca (400 Mio. Dosen) sowie Novavax (200 Mio. Dosen).

Um die Pandemie weltweit zu bekämpfen, hat die EU bisher mehr als 1,4 Milliarden Impfdosen an 150 Länder geliefert. Zusätzlich sollen bis Mitte 2022 700 Mio. Dosen an einkommensschwache Länder weitergereicht werden. Damit zählt die EU zu den größten Impfstoffgebern.

## ÖFFENTLICHE KONSULTATION

**Fahrkartenkauf in der EU soll erleichtert werden**

Die Planung und Ausstellung von Fahrkarten für Reisen, die verschiedene Verkehrsmittel kombinieren oder an denen verschiedene Betreiber beteiligt sind, soll in Zukunft in der EU einfacher werden. Die EU-Kommission bereitet dazu einen neuen Gesetzesvorschlag vor und bittet alle Bürgerinnen und Bürger und interessierten Kreise, sich an einer öffentlichen Konsultation zu beteiligen. Die Konsultation endet am 23. Februar.



Die Initiative wurde in der Strategie für nachhaltige und intelligente Mobilität angekündigt und soll die Herausforderungen des Marktes im Zusammenhang mit der Entwicklung digitaler Mobilitätsdienste angehen.

■ *Öffentliche Konsultation zum Fahrkartenkauf*

## BILDUNGSPLATTFORM

**School Education Gateway**

Die Webseite SchoolEducationGateway ist Europas Online-Plattform für schulische Bildung. Auf dem Portal finden Lehrkräfte, Schulen und alle Interessierten Schulungsangebote mit kostenlosen Online-Kursen und Fördermöglichkeiten im Rahmen des EU-Bildungsprogramms Erasmus+ mit hilfreichen Tools, um Schulen den Antrag bei Erasmus+ zu erleichtern.



Aktuelle Nachrichten und Informationen zur schulischen Bildungspolitik und -praxis in Europa runden das Angebot von SchoolEducationGateway ab.

■ *SchoolEducationGateway*

## GRÜNE STÄDTE

**Wettbewerb um die nächste Grüne Hauptstadt eröffnet**

Die Kommission hat europäischen Städte, die sich auf den Weg der Nachhaltigkeit begeben, aufgerufen, sich für die Auszeichnungen „Grüne Hauptstadt Europas 2024“ und den „Green Leaf Award 2024“ zu bewerben. Der prestigeträchtige Titel „Grüne Hauptstadt“ wird jährlich an eine europäische Stadt mit mehr als 100.000 Einwohnern für ihr Engagement im Hinblick auf ökologische, soziale und wirtschaftliche Nachhaltigkeit verliehen. Die Grüne Hauptstadt soll bewährte Verfahren der nachhaltigen Stadtentwicklung vorstellen und andere Städte motivieren und inspirieren. Der Preis „European Green Leaf Award“ steht allen Städten mit 20.000 bis 99.999 Einwohnern offen. Grüne Hauptstadt Europas zu sein, bringt viele Vorteile mit sich, darunter eine stärkere Konzentration auf Umweltprojekte, erhöhter Tourismus und ausländische Investitionen, die Ankurbelung der lokalen Wirtschaft und Hilfe bei der Schaffung von Arbeitsplätzen.



Die Gewinnerstädte erhalten einen Geldpreis und werden in das ständig wachsende Netzwerk der Grünen Hauptstädte Europas aufgenommen, das ihnen Unterstützung und eine Plattform für den Austausch von Wissen und bewährten Vorgehensweisen bietet.

■ *Wettbewerb um nachhaltige Städte*

## KENNZEICHNUNG VON LEBENSMITTELN

**Öffentliche Meinung ist gefragt**

Die Europäische Kommission will die EU-Regeln zur Verbraucherinformation auf Lebensmitteln überarbeiten und bittet dafür um Meinungen von Bürgerinnen und Bürgern, Unternehmen, Verbänden und weiteren Interessierten. Je klarer die Kennzeichnung, desto leichter können Verbraucher eine bewusste, gesunde und nachhaltige Lebensmittelauswahl treffen. Eine klarere Kennzeichnung wird auch helfen, die Lebensmittelverschwendung zu verringern und die Nachhaltigkeit der Lebensmittelkette zu stärken.

Bei der öffentlichen Konsultation geht es konkret um Fragen wie die Nährwertkennzeichnung auf der Vorderseite der Verpackung, Nährwertprofile, die Herkunftskennzeichnung, Angaben zu Verfallsdaten und die Kennzeichnung alkoholischer Getränke. Eine Beteiligung ist bis zum 7. März 2022 möglich.

■ *Konsultation zu Lebensmittelkennzeichnung*